



Sozialdemokratische Fraktion

in der Gemeindevertretung der Gemeinde Brensbach

SPD-Fraktion • Breubergstraße 60 • 64395 Brensbach

Herr
Karlheinz Fornof
Vorsitzender der Gemeindevertretung
Zeileichstraße 19
64395 Brensbach

Brensbach, den 22. Oktober 2018

Antrag der SPD-Fraktion zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und auf Kompensation der kommunalen finanziellen Aufwendungen aus Landesmitteln

Sehr geehrter Herr Fornof,

die SPD-Fraktion beantragt folgende Punkte:

1. Der Gemeindevorstand wird beauftragt, eine Entscheidungsgrundlage für die Gemeindevertretung dahingehend zu schaffen, dass die Gemeinde Brensbach künftig keine Straßenbeiträge gem. §§ 11,11a HessKAG erhebt. Anhand der seitherigen Erfahrungswerte und auf Basis von Schätzungen wird damit der Umfang der fehlenden jährlichen Einnahmen ermittelt. Hierbei ist auch der durch Wegfall von Straßenbeiträgen entfallende Verwaltungsaufwand zu berücksichtigen und zu beziffern. Soweit kein anderweitiger Ausgleich für die entgehenden Einnahmen, z. B. aus Förderprogrammen, gegeben ist, macht der Gemeindevorstand Finanzierungsvorschläge.
2. Die Gemeindevertretung stellt gleichzeitig die Forderung an das Land Hessen, die gesetzlich eingeräumte Möglichkeit zur Erhebung von Straßenbeiträgen grundsätzlich abzuschaffen.

Gleichzeitig sind die Kommunen über dauerhafte Zuweisungen aus originären Landesmitteln in zumindest vergleichbarer Höhe in die Lage zu versetzen, den Einnahmeausfall bei den Straßenbeiträgen bei der Erneuerung ihrer Straßen zu kompensieren. Hierbei sind die besonderen Herausforderungen und Strukturen in dünn besiedelten ländlichen Kommunen angemessen zu berücksichtigen.

-/2

Begründung:

Die SPD Brensbach hat sich in ihrer öffentlichen Veranstaltung „Brensbach-Talk“ am Donnerstag, den 4. Oktober 2018 mit dem Thema Abschaffung der Straßenausbaubeiträge beschäftigt. Die Unzufriedenheit mit der aktuell gängigen Praxis bezüglich der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen wurde seitens der anwesenden Bürgerschaft zum Ausdruck gebracht.

Auch die Einführung von wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen bringt hier aus Sicht der SPD-Fraktion keine umfassende Abhilfe. Unter anderem würden sich die Abrechnungsgebiete in der Gemeinde Brensbach sehr unterschiedlich gestalten. Auch müssten Bürgerinnen und Bürger an teilweise sehr stark befahrenen Kommunalstraßen nach wie vor zahlen, während Landes- und Bundesstraßen ausgenommen bleiben.

Mit der Gesetzesänderung im Juni hat das Land Hessen nun den Kommunen die Möglichkeit eingeräumt, keine Beiträge mehr zu erheben. Aus Sicht der SPD-Fraktion werden Benachteiligungen größtmöglich behoben, wenn Sanierungen von der Allgemeinheit getragen werden. Wie die finanziell nach wie vor schwach ausgestatteten Kommunen den dadurch entstehenden Einnahmefall ausgleichen können, wurde seitens der Landesregierung allerdings noch nicht abschließend und verbindlich geklärt.

Um hier Klarheit für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, sollte die sich nach der Landtagswahl 2018 konstituierende Landesregierung die gesetzlich eingeräumte Möglichkeit zur Erhebung von Straßenbeiträgen grundsätzlich abschaffen.

Gleichzeitig sind die Kommunen über dauerhafte Zuweisungen aus originären Landesmitteln in zumindest vergleichbarer Höhe in die Lage zu versetzen, den Einnahmefall bei den Straßenbeiträgen bei der Erneuerung ihrer Straßen zu kompensieren.

Von besonderem Stellenwert ist hierbei die Berücksichtigung der Herausforderungen und Strukturen in dünn besiedelten ländlichen Kommunen. Die Finanzierung darf daher nicht pro Kopf vorgenommen werden.

Mit freundlichen Grüßen

(Folke Müller, Fraktionsvorsitzender)